

Amtsgericht München

München, 12.10.2012

161 C 14378/12

Verfügung

Rechtsstreit

_____ wg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender Haupttermin wird bestimmt auf

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer/Etage/Gebäude
_____	_____	_____

Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Wird in dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

2. **Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:**

- 2.1. Das persönliche Erscheinen folgender Partei:

Beklagter _____

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbevollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

- 2.2. Die beklagte Partei kann zum Schriftsatz der Klagepartei vom 11.10.2012 Stellung nehmen innerhalb von zwei Wochen.

1210134893

3. Hinweise gemäß § 139 ZPO:

- 3.1. Das Amtsgericht München ist nach derzeitiger Auffassung gemäß § 32 ZPO örtlich zuständig, da die Klägerin (auch) Schadenersatzansprüche aus § 97 UrhG geltend macht und sich das streitgegenständliche Angebot in der Tauschbörse auch an Interessenten in München richtete und hier im Internet aufgerufen werden konnte. Dabei kommt es nicht darauf an, wo sich der Computer des Beklagten befindet, sondern darauf, wo die Internetseite, auf der das Angebot erfolgte, bestimmungsgemäß aufgerufen werden sollte. Zu dem Schaden, der nach § 97 UrhG geltend gemacht werden kann, zählen auch die im Zusammenhang mit der Abmahnung angefallenen Rechtsanwaltskosten, so dass auch insoweit der Gerichtsstand des § 32 ZPO eröffnet ist. Am Gerichtsstand der unerlaubten Handlung ist dann der geltend gemachte Anspruch unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.
- 3.2. Das Gericht weist die Klägerin darauf hin, dass der Beklagte keine uneingeschränkte Unterlassungserklärung abgegeben hat.
- 3.3. Dem Anspruch der Klägerin kann nicht entgegengehalten werden, dass sie ihrerseits noch keine Zahlung für die anwaltliche Tätigkeit geleistet habe. Denn jedenfalls mit der Klageerwiderung hat der Beklagte die Erstattung der geltend gemachten vorgerichtlichen Anwaltskosten endgültig abgelehnt. Damit hat sich der Freistellungsanspruch der Klägerin in einen Zahlungsanspruch umgewandelt, § 250 Satz 2 BGB (BGH NJW 2004, 1868, BGH NJW-RR, 87, 43ff). Soweit seitens des Beklagten eine Honorarvereinbarung zwischen der Klägerin und den Klägervetretern vorgetragen wird, fehlt hierzu seitens des Beklagten konkreter Sachvortrag mit Beweisangebot.
- 3.4. Die Höhe der geltend gemachten Ansprüche entspricht der gleichgelagerter Fälle und begegnet keinen Bedenken. Auch gegen den in Ansatz gebrachten Gegenstandswert und die 1,0-Geschäftsgebühr bestehen keine Bedenken. Maßgeblich für den Gegenstandswert ist dabei das Interesse der Klägerin am Unterbleiben künftiger Rechtsverletzungen.
- 3.5. Hinsichtlich der einer Verjährung kommt es nach Auffassung des Gericht darauf an, zu welchem Zeitpunkt die Klagepartei Kenntnis von der Person des Schuldners erlangt hat, § 199 BGB. Sollte dies, wie seitens der Klagepartei vorgetragen, erst 2008 erfolgt sein, geht das Gericht nicht von einer Verjährung aus. Mit dem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids vom 8.12.2011 wurde die Verjährung dann gemäß §§ 693, 166, 167 ZPO, 204 Absatz 1 Nummer 3 BGB gehemmt. Die Hemmung endete in diesem Falle auch nicht, da das Verfahren zu keinem Zeitpunkt länger als 6 Monate nicht betrieben wurde.
- 3.6. Umstände, die über den Zeitablauf hinaus für eine Verwirkung der geltend gemachten Ansprüche sprechen würden, sind für das Gericht nicht erkennbar. Insbesondere hat die Klägerin nicht zu erkennen gegeben, dass sie von der Durchsetzung der geltend gemachten Ansprüche künftig Abstand nehmen wolle. Hinsichtlich des neben einem Zeitmoment ebenfalls erforderlichen Umstandsmoment liegen für das Gericht derzeit keine ausreichenden Anhaltspunkte vor.

3.7. Den Beklagten trifft die sekundäre Darlegungslast, dass weder er als Anschlussinhaber, noch eine andere Person aus seiner Sphäre für die streitgegenständliche Rechtsverletzung verantwortlich war. Darlegungs- und beweisbelastet dafür, dass eine Urheberrechtsverletzung über den Anschluss des Beklagten erfolgte, ist die Klägerin. Insoweit sind entsprechender Sachvortrag und Beweisangebot vorhanden. Soweit der Beklagte die fehlerfreie Ermittlung und Zuordnung der streitgegenständlichen IP-Adressen bestreitet, müsste ein Sachverständigengutachten zur Klärung dieser Frage eingeholt werden. In diesem Zusammenhang weist das Gericht darauf hin, dass die Einholung eines Sachverständigengutachtens ein - im Verhältnis zur Klageforderung - nicht unerhebliches Kostenrisiko für die am Ende mit den Kosten des Rechtsstreits belastete Partei bedeutet. In vergleichbaren Fällen hat das Gericht den Kostenvorschuss nach Rücksprache mit dem Sachverständigen auf 5.000 € bis 6.000,00 € festgesetzt.

Sollte aber, ggf. nach Einholung eines entsprechenden Sachverständigengutachtens feststehen, dass der Anschluss des Beklagten fehlerfrei ermittelt wurde, trifft den Beklagten nach der Rechtsprechung des BGH (NJW 2010, 2061 bis 2064 - Sommer unseres Lebens) eine tatsächliche Vermutung dahingehend, dass er als Inhaber des fraglichen Anschlusses auch für über seinen Anschluss begangene Rechtsverletzungen verantwortlich ist. Aus dieser Vermutung ergibt sich für den Beklagten eine sekundäre Darlegungslast, die es ihm verwehrt, sich auf ein an sich zulässiges einfaches Bestreiten der Rechtsverletzung zurückzuziehen. Vielmehr muss der Beklagte als Anschlussinhaber substantiiert zu allen fraglichen Tatzeitpunkten vortragen, warum er als Verantwortlicher nicht in Betracht kommt. Wird dieser Vortrag in erheblicher Weise bestritten, trifft den Beklagten neben der Darlegungs- auch die Beweislast für sein Vorbringen.

Diesen Anforderungen genügt der Vortrag des Beklagten nicht. Es fehlt konkreter Sachvortrag zu den einzelnen streitgegenständlichen Zeitpunkten.

3.8. Das Gericht rät den Parteien unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu einer zeitnahen und endgültigen Beendigung des Rechtsstreits durch Abschluss des nachstehenden Vergleichs. So können Kosten vermieden werden, die allein durch die Wahrnehmung des Termins entstehen und die in keinem wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis zur Klageforderung stehen. Eine Fortsetzung des Rechtsstreits stünde - für keine Partei - in keinem vernünftigen Verhältnis zum einem etwa möglichen, zusätzlichen Erfolg.

Vergleichsvorschlag:

1. Der Beklagte zahlt an die Klägerin einen Betrag in Höhe von 1100,00 €. Damit sind sämtliche streitgegenständlichen Forderungen abgegolten.
2. Von den Kosten des Rechtsstreits trägt der Beklagte 30 %, die Klägerin 70 %.

Die Parteien können zu dem Vergleichsvorschlag innerhalb von zwei Wochen Stellung nehmen.

gez.



Richterin am Amtsgericht



Für die Richtigkeit der Abschrift (Ablich-
tung)

München, 16.10.2012



Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle